

Artikel drucken Bilder ausblenden

WELT  ONLINE

DIE WELT

20.04.2011 | Autor: Stefanie Bolzen

EU-Milliarden gehen in falsche Hilfsprojekte

Weniger als die Hälfte der Brüsseler Gelder kommt wirklich armen Ländern zugute - Wohlhabende Türkei ist größter Empfänger

Zehn Millionen Euro flossen in Migrationszentrum in Mali, das nur sechs Auswanderungswillige bisher vermitteln konnte

EU-Kommission betont, dass Prüfer Ausgaben aus dem Entwicklungsbudget nie beanstandet haben

Brüssel

Das Projekt hatte den schönen Namen "Ich tanze, darum bin ich". Eine belgische Hilfsorganisation wollte damit Teenagern in Burkina Faso bei der "soziokulturellen Integration" helfen. Mehr als 460 000 Euro bekamen die Belgier dafür von der EU-Kommission. Burkina Faso gehört zu den ärmsten Ländern der Welt, ein Mensch muss dort nach UN-Berechnung mit einem Euro pro Tag überleben.

Im Vergleich zu Millionengeldern, die Jahr für Jahr aus Brüssel an Despoten wie Libyens Machthaber Muammar al-Gaddafi gingen, nimmt sich das Projekt in Westafrika lächerlich aus. Doch spätestens mit Beginn des Arabischen Frühlings muss sich Brüssel stärker denn je die Frage gefallen lassen, wie gerade in Zeiten der Krise Hilfsfonds gezielter eingesetzt werden können. Wichtiger noch: Wie der falsche oder gar korrupte Einsatz der Milliardengelder aus den 27 EU-Staaten sanktioniert werden kann. Diese Konditionalität, so gibt man in der EU-Hauptstadt hinter vorgehaltener Hand zu, ist in den vergangenen Jahren viel zu wenig beachtet worden.

Eine Studie der euroskeptischen Organisation Open Europe belegt nun, dass weniger als die Hälfte der Gelder aus Brüssel wirklich armen Ländern zugute kommen. So führt die Türkei im Jahr 2009 mit rund 550 Millionen Euro die Rangfolge der Hilfsempfänger an.

Allerdings sind dabei auch Gelder aus den Töpfen eingerechnet, die Brüssel EU-Kandidaten zur Vorbereitung auf die Mitgliedschaft bereitstellt. Daraus ergibt sich, dass rund 50 Prozent der von der EU bereit gestellten Gelder nicht an Hilfsorganisationen geht, sondern direkt an die Regierungen, was eine Kontrolle schwieriger macht.

Europa ist weltweit der größte Geber, 2010 kamen aus den 27 Mitgliedsländern fast 54 Milliarden Euro. Rund zehn Milliarden Euro konnte die EU-Kommission selbst ausgeben.

Das deutsche Budget für Entwicklungshilfe liegt im Jahr 2011 bei insgesamt mehr als sechs Milliarden Euro; 825 Millionen davon gehen als Deutschlands Beitrag direkt an den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), also in Brüsseler Hände. 2010 gab die Bundesrepublik nach offiziellen Angaben 0,38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für staatliche Hilfen an ärmere Länder aus. Eigentlich will Berlin bis 2015 mindestens 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe verwenden, doch angesichts leerer Kassen scheint dieses Ziel in weite Ferne gerückt.

Umso kritischer schaut man deshalb, wie anderswo öffentliche Gelder im Entwicklungsbereich ausgegeben werden. Im Herbst 2008 eröffnete die EU-Kommission in Bamako, der Hauptstadt von Mali, ein "Migrationszentrum". Es sollte als erste Anlaufstelle in der Subsahara helfen, illegale Auswanderung zu unterbinden und legale zu fördern. Letztere ist ein Kernziel der EU-Kommission. Innenkommissarin Cecilia Malmström will die "zirkuläre Migration" unbedingt fördern - Auswanderungswillige können für eine begrenzte Zeit legal in Europa arbeiten, kehren dann aber in ihre Heimat zurück.

Zehn Millionen Euro steckte die EU-Kommission in das Zentrum. Nach Angaben von Open Europe konnten aber bisher nur sechs Malier vermittelt werden, denn nur Spanien hat Arbeitskräfteabkommen mit Bamako vereinbart. Und ohne Einwilligung der Mitgliedstaaten kann keine Vermittlung stattfinden. Der EU-Kommission zufolge nahmen bisher 5000 Personen die Angebote des Zentrums in Anspruch, beispielsweise Rechtsberatung. Malmström gibt trotzdem zu: "Das Projekt hat nicht den Erfolg gebracht, den wir uns erhofft hatten."

Berechnungen von Open Europe ergeben, dass Pro-Kopf in der europäischen Nachbarschaft und Kandidatenländern rund 7,30 Euro ankommen, während es in Schwarzafrika nur 2,70 Euro sind. "Geopolitische Erwägungen und alte koloniale Bindungen diktieren, wo das Geld hingehet", schreibt Autor Stephen Booth. Ein Vorwurf, den die Kommission zurückweist. "Das ist absolut falsch", so eine Sprecherin von Andris Piebalgs, EU-Kommissar für Entwicklung. "Wir geben in insgesamt 150 Ländern Gelder und sind präsent in fragilen Regionen, wo andere Staaten nicht hingehen - etwa in Sierra Leone oder Afghanistan."

Brüssel weist auch darauf hin, dass die Ausgaben aus dem Entwicklungsbudget in den vergangenen Jahren immer als korrekt entlastet wurden. Dies ist Aufgabe des Europäischen Rechnungshofes, unabhängiger Prüfungsfirmen und des EU-Parlaments.

Fälle von Korruption konnten nicht nachgewiesen werden. Trotzdem stößt man auf Zustände, die nicht im Sinne des Steuerzahlers sein können. Nach Recherchen der "Sunday Times" verfällt beispielsweise ein Prestigeprojekt, ein aus EU-Geldern finanziertes Medizinstützpunkt in Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone. "Die schlecht gebauten Gebäude versinken im Schlamm. Hunderte Krankenhausbetten, eine Spende der Vereinten Nationen, stehen im Freien und verrotten wegen der hohen Luftfeuchtigkeit", heißt es.

Open Europe kritisiert zudem, dass rund zehn Prozent des Entwicklungsbudgets an andere internationale Geber wie die UN oder die Weltbank gingen. Durch doppelte und dreifache Verwaltungskosten ginge so unnötig Geld verloren. Brüssel weist allerdings darauf hin, dass eine Umsetzung von Projekten durch die Behörde selbst wesentlich teurer wäre als die Kooperation mit anderen großen Organisationen.

Seit 2004 haben nach Angaben der Kommission im Rahmen von EU-Hilfsprojekten mehr als 31 Millionen Menschen Zugang zu Trinkwasser bekommen und neun Millionen zu Gesundheitsversorgung. Neun Millionen Kinder bekamen eine primäre Schulbildung.

